

Zwei konträre Bundesgerichtsentscheide (9C_804/2019 und 9C_784/2019)

Meldung der Lebenspartnerschaft vor der Pensionierung

Darf eine Pensionskasse reglementarisch zwingend vorschreiben, dass Lebenspartnern von Alters- und Invalidenrentnern eine Lebenspartnerrente nur zusteht, wenn die schriftliche Meldung der Lebensgemeinschaft an die Kasse vor der Pensionierung erfolgt? Oder ist eine solche reglementarische Bestimmung lediglich eine beweisrechtliche Ordnungsvorschrift, und der Beweis kann anderweitig erbracht werden? Im Mai 2020 ergingen zu dieser Frage zwei konträre Bundesgerichtsentscheide.

IN KÜRZE

Generell empfiehlt es sich, die Versicherten periodisch darauf hinzuweisen, dass sie für eine Lebenspartnerrente der Kasse eine Meldung bezüglich der Begünstigung ihres Lebenspartners einreichen müssen und dabei die reglementarischen Bestimmungen zu beachten haben.

Unbestrittenermassen musste die Lebenspartnerschaft in den beiden zu beurteilenden Fällen zu Lebzeiten des Versicherten gemeldet werden. Unterschiedlich beurteilt wurde indessen das reglementarische Zusatzerfordernis, wonach eine solche Meldung noch vor der ordentlichen Pensionierung bzw. der ersten Altersrentenzahlung beizubringen ist.

Ausgangslage des Bundesgerichts-urteils vom 4. Mai 2020 (9C_804/2019)

Der Versicherte war am 1. März 2011 pensioniert worden und bezog von seiner Vorsorgeeinrichtung eine Altersrente. Zwei Monate später gelangte er an seine Vorsorgeeinrichtung mit der Frage, ob seine Lebenspartnerin im Falle seines Todes eine Lebenspartnerrente beanspruchen könne. Die Pensionskasse bestätigte den Erhalt des ausgefüllten Formulars betreffend die Lebensgemeinschaft am 14. Juni 2011. Sechseinhalb Jahre später verstarb der Versicherte.

Die Klage der Lebenspartnerin des Versicherten auf Ausrichtung einer Lebenspartnerrente hiess das kantonale Sozialversicherungsgericht gut. Dagegen erhob die Vorsorgeeinrichtung Beschwerde beim Bundesgericht. Dieses wies die Beschwerde ab und bestätigte den Leistungsanspruch der Lebenspartnerin.

Die reglementarischen Bestimmungen sahen unter anderem vor, dass die versicherte Person der Pensionskasse die

Begründung der Lebensgemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt zu melden hat. Das Formular war durch beide Lebenspartner vor dem Tod der versicherten Person zu unterzeichnen. In einem weiteren Absatz bestimmte das Reglement, dass bei Versterben der versicherten Person nach der ordentlichen Pensionierung der Anspruch auf eine reglementarische Lebenspartnerrente nur bestehe, wenn dieser auch im Falle des Versterbens der versicherten Person vor der ordentlichen Pensionierung bestanden hätte und der Verstorbene bis zum Tod eine Altersrente bezogen hat. Der Anspruch setze folglich voraus, dass alle reglementarischen Voraussetzungen, sowohl im Zeitpunkt des Todes als auch bereits bei Erreichen der ordentlichen Pensionierung, erfüllt seien.

Erwägungen des Bundesgerichts

Das Bundesgericht verwies zunächst darauf, dass das Reglement einer privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtung nach dem Vertrauensprinzip auszulegen ist. Da das Reglement den vorformulierten Vertragsinhalt des Vorsorgevertrags beinhaltet, sind die Besonderheiten bezüglich der Auslegung von allgemeinen Versicherungsbedingungen, namentlich die Unklarheits- und Ungewöhnlichkeitsregel, zu beachten. Ausgehend vom Wortlaut der strittigen Bestimmung und unter Berücksichtigung des Zusammenhangs, in dem eine solche Bestimmung steht, ist der objektive Parteiwillen zu



Yolanda Müller

Rechtsanwältin, Partnerin, CAS Berufliche Vorsorge (IRP-HSG), Basel, Dufour Advokatur

ermitteln, den die Parteien mutmasslich gehabt haben. Das Gericht hat zu berücksichtigen, was sachgerecht ist, da nicht von einer unvernünftigen Lösung der Parteien ausgegangen werden kann.¹

Das Bundesgericht hielt fest, dass die Voraussetzungen für eine Lebenspartnerrente nach dem Wortlaut der Reglementsbestimmungen nicht gegeben waren. Die Vorinstanz habe indessen korrekt erkannt, dass dieses Auslegungsergebnis dem wahren Kern der Norm und dem objektiven Vertragswillen der Parteien widerspreche.

Wesentlich sei, dass im Falle des Todes des Versicherten vor der ordentlichen Pensionierung die fragliche Lebenspartnerschaft während fünf Jahren bestanden haben müsse, um eine Lebenspartnerrente auszulösen. Ob die entsprechende Konkubinatsmeldung vor oder nach der ordentlichen Pensionierung ergangen sei, spiele keine Rolle bzw. stelle eine reine Ordnungsvorschrift dar. Konstitutives Erfordernis sei, dass die Konkubinatsmeldung zu Lebzeiten erfolgt sei. Der damalige Parteiwille werde zudem durch eine entsprechende Reglementsänderung per Anfang 2018 untermauert. Es könne damit offen bleiben, ob die strittige Reglementsbestimmung als unklar oder ungewöhnlich zu werten sei und ob die Kasse ihre Informationspflicht verletzt habe.²

Ausgangslage des Bundesgerichtsurteils vom 13. Mai 2020 (9C_784/2019)

Der Versicherte liess sich Ende Juli 2017 vorzeitig pensionieren und bezog fortan eine Altersrente der Zuger Pensionskasse. Im Februar 2018 meldete er der Pensionskasse seine seit Anfang 2016 bestehende Lebenspartnerschaft schriftlich.

Diese teilte ihm daraufhin mit, dass die Meldung zu spät erfolgt sei. Gemäss Reglement hätte eine solche Meldung im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung im August 2017 erfolgen müssen. Das kantonale Verwaltungsgericht gab der Kasse recht und stellte die nicht rechtzeitige Meldung der Lebenspartnerschaft fest.

Das Reglement der Kasse regelt die Lebenspartnerrente generell wie auch für den Fall des Todes eines Versicherten, der

eine Alters- oder Invalidenrente bezieht. Als generelle, kumulative Voraussetzungen sieht es unter anderem vor, dass der Lebenspartner zum Zeitpunkt des Todes des Versicherten das 40. Lebensjahr zurückgelegt hat, die Lebenspartnerschaft mindestens fünf Jahre ununterbrochen gedauert hat und die schriftliche Meldung des Lebenspartners durch die versicherte Person an die Kasse erfolgt ist.

Letzteres Erfordernis muss beim Tod einer alters- oder invalidenrentenbeziehenden Person gemäss Reglement bereits im Zeitpunkt der erstmaligen (Alters- oder Invaliden-)Rentenzahlung, spätestens jedoch bis zur Vollendung des 65. Altersjahrs erfüllt sein. Erstere Voraussetzung (zurückgelegtes 40. Lebensjahr und mindestens fünfjährige ununterbrochene Lebenspartnerschaft) musste dagegen reglementarisch nicht im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung (bzw. Alter 65) erfüllt sein.

Erwägungen des Bundesgerichts

Das Bundesgericht erwog, dass die Reglementsauslegung einer öffentlich-rechtlichen Kasse nach den Regeln der Gesetzesauslegung erfolgt. Ausgangspunkt ist der Wortlaut einer Bestimmung. Ist der Text nicht klar und sind verschiedene Auslegungen möglich, ist nach seiner wahren Tragweite unter Berücksichtigung der Auslegungselemente zu suchen, namentlich unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck und der dem Text zugrunde liegenden Wertung. Vom klaren Wortlaut darf nur ausnahmsweise abgewichen werden, u.a. wenn triftige Gründe vorliegen, dass der Wortlaut nicht dem wahren Sinn der Bestimmung entspricht. Solche Gründe können sich aus der Entstehungsgeschichte, aus dem Grund und Zweck der Bestimmung oder aus dem Zusammenhang mit anderen Vorschriften ergeben.³

Das Bundesgericht hielt fest, dass gemäss der grammatikalischen Auslegung die versicherte Person der Pensionskasse ihren Lebenspartner bereits im Zeitpunkt der ersten Rentenzahlung hätte melden müssen. Dieses Ergebnis werde durch die systematische Einbettung und Gliederung der strittigen Bestimmung gestützt (so z.B. Randtitel: «Anspruch

von rentenbeziehenden Personen»). Der Sinn und Zweck einer solchen Differenzierung und der zusätzlich aufgestellten formellen Anspruchsvoraussetzungen für rentenbeziehende Personen liege auf der Hand: Es soll der Personenkreis für eine Lebenspartnerrente verringert und die beweisrechtliche Abklärung von Rentenansprüchen verbessert werden. Die strittige Bestimmung stelle nicht eine blosser Beweisvorschrift dar, sondern es komme ihr konstitutive Wirkung zu. Der Wortlaut bringe klarerweise den wahren Sinn der Regelung zum Ausdruck. Der Beschwerdeführer sei mit der Meldung seiner Lebenspartnerin im Februar 2018 rund sieben Monate verspätet gewesen. Auf das kurz zuvor gefällte anderslautende Bundesgerichtsurteil ging es in keiner Weise ein.⁴

Fazit

Art. 20a BVG räumt den Pensionskassen die Befugnis ein, zu bestimmen, ob sie überhaupt – und wenn ja, für welche Personen – Hinterlassenenleistungen vorsehen wollen. Sie haben dabei jedoch die Personenkategorien von Art. 20 Abs. 1 BVG und die Kaskadenfolge zu beachten. Vorbehalten bleiben daneben die BVG-Minimalleistungen (Ehegattenrente, Geschiedenenrente, Rente an den eingetragenen Partner und Waisenrente).⁵

Der versicherten Person steht im Gegensatz zur Ehe bzw. zur eingetragenen Partnerschaft eine Wahlmöglichkeit zu, ob sie bei Vorliegen einer Lebensgemeinschaft den Lebenspartner tatsächlich begünstigen will. Erforderlich ist eine Meldung der Lebenspartnerschaft als verbalisierte Willenserklärung. Sie ist der unmissverständliche Ausdruck, dass eine vorsorgerechtliche Begünstigung gewollt ist. Diese Willenserklärung kann als explizite Begünstigterklärung, als schriftlicher Unterhaltsvertrag oder aber in einfacher Meldung der Lebenspartnerschaft erfolgen.

Die Lebenspartnerrente stellt eine neue Leistung dar, die ohne Beitragserhöhung finanziert wird. Die Vorsorgeeinrichtung hat deshalb ein schützenswertes Interesse, zu wissen, wie viele Versicherte im Todesfall solche Leistungen

¹ BGer 9C_804/2019, E. 5.1.

² BGer 9C_804/2019, E. 7.1.

³ BGer 9C_784/2019, E. 3.1.

⁴ BGer 9C_784/2019, E. 3.2. f.

⁵ Art. 19, 19a und 20 BVG.

auslösen können, sowie an einer grösstmöglichen Klarheit in Bezug auf die Person des Begünstigten in beweisrechtlicher Hinsicht. Sie darf deshalb die Erfüllung reglementarischer (Zusatz-)Erfordernisse und die Geltendmachung des Anspruchs an bestimmte Formen und Fristen knüpfen.⁶

Das Reglement kann in zeitlicher Hinsicht entweder eine schriftliche und zu Lebzeiten des Versicherten einzureichende Meldung oder eine Einreichung der schriftlichen Begünstigterklärung des Verstorbenen während einer bestimmten Zeitspanne nach dem Tod des Versicherten vorsehen. Beide Varianten bilden nicht nur beweisrechtliche Ord-

nungsvorschriften, sondern formelle Anspruchsvoraussetzungen mit konstitutiver Wirkung.⁷

Diese beiden konträren Urteile zur Einhaltung von reglementarischen Formvorschriften für Lebenspartnerrenten von Rentnern bringen für Pensionskassen, die eine analoge Regelung aufweisen, eine gewisse Rechtsunsicherheit mit sich. In beiden Entscheiden wurde festgestellt, dass nach dem klaren Wortlaut der Reglementsbestimmung keine Lebenspartnerrente geschuldet ist. Im ersten Fall wurden Sinn und Zweck jedoch anders als im späteren Fall ausgelegt. Im Ergebnis kann es nicht entscheidend sein, dass es sich bei der einen Kasse

um eine privatrechtliche Sammelstiftung, bei der anderen um eine öffentlich-rechtliche Kasse mit unterschiedlichen Auslegungsmethoden handelt. Das spätere Urteil liegt auf der Linie der früheren Rechtsprechung, die reglementarische (Zusatz-)Erfordernisse und die Geltendmachung des Anspruchs an bestimmte Formen und Fristen gerade zulässt. Es sollte nach Meinung der Unterzeichnerten massgeblich bleiben. |

⁶ BGer 9C_784/2019, E. 2.2.;
BGer 9C_804/2019, E. 6.1.

⁷ BGer 9C_784/2019, E. 2.3.;
BGer 9C_804/2019, E. 6.2.

Deux arrêts contradictoires du Tribunal fédéral (9C_804/2019 et 9C_784/2019)

Annnonce du partenariat avant le départ à la retraite

Une caisse de pension a-t-elle le droit de prescrire que les partenaires de bénéficiaires d'une rente de vieillesse et d'invalidité n'ont droit à une rente de partenaire que si l'annonce écrite du partenariat à la caisse est antérieure au départ à la retraite? Ou une telle disposition réglementaire est-elle seulement une prescription d'ordre en matière de preuve et la preuve peut-elle être apportée par ailleurs?

Deux arrêts contradictoires du Tribunal fédéral ont été rendus en mai 2020 sur cette question.

Dans les deux cas à juger, le partenariat devait incontestablement être annoncé du vivant de l'assuré. L'exigence complémentaire réglementaire selon laquelle une telle annonce devait être faite avant le départ à la retraite réglementaire ou le premier versement de la rente de vieillesse a cependant été appréciée différemment.

Contexte de l'arrêt du Tribunal fédéral du 4 mai 2020 (9C_804/2019)

L'assuré a pris sa retraite le 1^{er} mars 2011 et a perçu une rente de vieillesse de son institution de prévoyance. Deux mois plus tard, il s'est adressé à son institution de prévoyance pour lui demander si sa partenaire pouvait solliciter une rente de partenaire au cas où il décéderait. La caisse de pension a confirmé la réception du formulaire complété concernant la communauté de vie le 14 juin 2011. Six ans et demi plus tard, l'assuré est décédé.

Le Tribunal cantonal des assurances sociales a approuvé l'action de la partenaire de l'assuré en versement d'une rente de partenaire. L'institution de prévoyance a formé un recours contre cette décision devant le Tribunal fédéral. Celui-ci a rejeté le recours et confirmé le droit aux prestations de la partenaire.

Les dispositions réglementaires prévoyaient notamment que la personne assurée devait annoncer à la caisse de pension la constitution de la communauté de vie avec un ménage commun. Le formulaire devait être signé par les deux partenaires avant le décès de la personne assurée. Dans un autre alinéa, le règlement disposait qu'en cas de décès de la per-

sonne assurée après son départ à la retraite réglementaire, le droit à une rente réglementaire de partenaire n'était effectif que s'il avait également existé en cas de décès de la personne assurée avant l'âge réglementaire de la retraite et si le défunt avait touché une rente de vieillesse jusqu'à son décès. Le droit supposait donc que toutes les conditions réglementaires soient remplies, aussi bien à la date du décès qu'avant l'âge de la retraite réglementaire.

Considérends du Tribunal fédéral

Le Tribunal fédéral a commencé par rappeler que le règlement d'une institution de prévoyance de droit privé devait être interprété selon le principe de confiance. Étant donné que le règlement inclut la teneur préformulée du contrat de prévoyance, les particularités concernant l'interprétation des conditions générales d'assurance, notamment la règle des clauses ambiguës et insolites, doivent être respectées. En se basant sur la teneur de la disposition litigieuse et en tenant compte du contexte dans lequel s'inscrit une telle disposition, la volonté objective des parties que celles-ci sont présumées avoir eu doit être déterminée. Le tribunal doit tenir compte des faits objectifs, car on ne peut pas supposer une solution déraisonnable des parties.¹

Le Tribunal fédéral a retenu que les conditions d'une rente de partenaire n'étaient pas réunies selon la teneur des dispositions réglementaires. L'instance précédente a cependant correctement reconnu que ce résultat d'interprétation

EN BREF

De façon générale, il est conseillé de rappeler périodiquement aux assurés qu'ils doivent remettre à la caisse une annonce relative à la désignation de leur partenaire comme bénéficiaire d'une rente de partenaire, tout en respectant les dispositions réglementaires.

contredisait le véritable cœur de la norme et la volonté contractuelle objective des parties.

Il est essentiel en cas de décès de l'assuré avant la retraite réglementaire que le partenariat en question ait été effectif pendant cinq ans pour déclencher une rente de partenaire. Il importe peu que l'annonce de concubinage correspondante ait été reçue avant ou après le départ à la retraite réglementaire et corresponde à une prescription d'ordre pure. L'exigence constitutive est que l'annonce du concubinage ait été faite du vivant de l'assuré. La volonté exprimée à l'époque par les parties a en outre été soulignée par une modification correspondante du règlement début 2018. Il importe donc peu que la disposition litigieuse du règlement soit jugée ambiguë ou insolite et que la caisse ait enfreint son devoir d'information.²

¹ TF 9C_804/2019, consid. 5.1.

² TF 9C_804/2019, consid. 7.1.

Contexte de l'arrêt du Tribunal fédéral du 13 mai 2020 (9C_784/2019)

Fin juillet 2017, l'assuré a pris une retraite anticipée et a dès lors perçu une rente de vieillesse de la caisse de pension zougnoise. En février 2018, il a annoncé par écrit à la caisse de pension son partenariat effectif depuis début 2016.

Celle-ci l'a alors avisé que l'annonce intervenait trop tard. Selon le règlement, une telle annonce aurait dû être faite à la date du premier versement de la rente en août 2017. Le tribunal administratif cantonal a donné raison à la caisse et a constaté l'annonce tardive du partenariat.

Le règlement de la caisse règle la rente de partenaire de façon générale, mais aussi pour le cas du décès d'un assuré qui perçoit une rente de vieillesse ou d'invalidité. En guise de conditions générales cumulatives, il prévoit notamment que le partenaire doit avoir atteint l'âge de 40 ans au décès de l'assuré, que le partenariat a duré au moins cinq ans de façon ininterrompue et que la personne assurée a annoncé le partenaire à la caisse par écrit.

Selon le règlement, cette dernière exigence doit être satisfaite dès la date du premier versement de la rente (de vieillesse ou d'invalidité), mais au plus tard à l'âge de 65 ans, en cas de décès d'une personne touchant une rente de vieillesse ou d'invalidité. La première condition (l'atteinte de l'âge de 40 ans et au moins un partenariat ininterrompu de cinq ans) ne devait pas être satisfaite à la date du premier versement de la rente (ou à l'âge de 65 ans) selon le règlement.

Considérants du Tribunal fédéral

Le Tribunal fédéral a estimé que l'interprétation du règlement d'une caisse de droit public devait suivre les règles de l'interprétation de la loi. La teneur d'une disposition sert de point de départ. Si le texte est ambigu et que plusieurs interprétations sont possibles, il faut chercher sa véritable portée en tenant compte des éléments d'interprétation, notamment en tenant compte du sens et de la finalité et de l'interprétation sous-jacente au texte. Il n'est possible de s'écarter de la teneur claire qu'exceptionnellement, notamment quand il y a des raisons pertinentes de penser que la teneur ne correspond pas au sens véritable de la disposition. De telles raisons peuvent résulter de

la genèse, du motif et de la finalité de la disposition ou de son rapport avec d'autres prescriptions.³

Le Tribunal fédéral a retenu que selon l'interprétation grammaticale, la personne assurée aurait dû annoncer son partenaire à la caisse de pension dès la date du premier versement de la rente. Ce résultat serait étayé par l'intégration et l'articulation systématiques de la disposition litigieuse (p. ex. titre marginal: «Droit des bénéficiaires de rente»). Le sens et la finalité d'une telle différenciation et des conditions formelles du droit formulées en sus pour les personnes percevant une rente sont évidents: il s'agit de réduire le cercle de personnes bénéficiant d'une rente de partenaire et d'améliorer la clarification en matière de preuve des droits à la rente. La disposition litigieuse ne serait pas une simple prescription relative à la preuve, mais aurait un effet constitutif. Sa teneur ferait clairement ressortir le sens véritable de la réglementation. Le requérant aurait eu environ sept mois de retard avec l'annonce de sa partenaire en février 2018. Il n'a en rien évoqué l'arrêt du Tribunal fédéral divergent rendu peu de temps avant.⁴

Conclusion

L'art. 20a LPP donne le droit aux caisses de pension de décider si elles peuvent prévoir des prestations pour survivants et si oui, pour quelles personnes. Elles doivent cependant tenir compte des catégories de personnes de l'art. 20 al. 1 LPP et de la hiérarchie. Les prestations minimales LPP (rente de conjoint, rente de divorcé, rente au partenaire enregistré et rente d'orphelin) demeurent en outre réservées.⁵

Contrairement au mariage et au partenariat enregistré, la personne assurée a la possibilité de choisir si elle veut effectivement que sa ou son partenaire soit bénéficiaire dans le cas d'une communauté de vie. Une annonce du partenariat sous la forme d'une déclaration de volonté verbalisée est nécessaire. Elle est l'expression indubitable que l'institution d'un bénéficiaire selon le droit de la prévoyance est souhaitée. Cette déclaration

de volonté peut intervenir sous la forme d'une déclaration de bénéficiaire explicite, d'un contrat d'entretien écrit ou par une annonce simple du partenariat.

La rente de partenaire constitue une nouvelle prestation financée sans augmentation des cotisations. L'institution de prévoyance a donc un intérêt digne d'être protégé à savoir combien d'assurés peuvent déclencher de telles prestations en cas de décès et à ce que la personne du bénéficiaire soit déterminée avec le plus de clarté possible pour des questions de preuve. Elle peut donc lier le respect des exigences (supplémentaires) réglementaires et l'exercice du droit à certains délais et formes.⁶

Au plan temporel, le règlement peut prévoir une annonce écrite à remettre du vivant de l'assuré ou la remise d'une déclaration de bénéficiaire du défunt pendant un certain laps de temps suivant le décès de l'assuré. Ces deux variantes constituent non seulement des prescriptions d'ordre, mais aussi des conditions formelles du droit avec effet constitutif.⁷

Ces deux arrêts contradictoires visant à respecter les prescriptions de forme réglementaires pour les rentes de partenaires des bénéficiaires de rente se traduisent par une certaine insécurité juridique pour les caisses de pension qui présentent une réglementation similaire. Les deux arrêts constatent qu'aucune rente de partenaire n'est due selon la teneur explicite de la disposition réglementaire. Dans le premier cas, le sens et la finalité ont toutefois été interprétés différemment du cas ultérieur. Au final, l'élément déterminant n'est pas que l'une des caisses est une fondation collective de droit privé tandis que l'autre est une caisse de droit public avec des méthodes d'interprétation différentes. L'arrêt ultérieur s'inscrit dans la lignée de la jurisprudence antérieure qui autorise justement des exigences (supplémentaires) réglementaires et l'exercice du droit lié à certains délais et formes. L'auteure estime qu'il devrait rester déterminant. **I**

Yolanda Müller

⁶ TF 9C_784/2019, consid. 2.2.; TF 9C_804/2019, consid. 6.1.

⁷ TF 9C_784/2019, consid. 2.3.; TF 9C_804/2019, consid. 6.2.